



Vorlage

Datum: 13.06.2017
Vorlage FB II/3248/2017

TOP	Betreff Zusammenarbeit der oberbergischen Kommunen mit dem Oberbergischen Kreis im Bereich öffentliche Sicherheit
Beschlussentwurf: Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	29.06.2017	öffentlich

Sachverhalt:

Es ist festzustellen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in letzter Zeit verändert haben. Dies wird z.B. durch erhöhte Gewaltbereitschaft in vielen Bereichen des öffentlichen Raumes sowie durch mangelnde Akzeptanz gegenüber öffentlichen Einsatzkräften deutlich. Dies führt zu einer Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsempfindens in großen Teilen der Bevölkerung.

In der Hückeswagener Innenstadt (insbes. am Wilhelmplatz, Etapler Platz, Schlossplatz) kam es ab Ende der 90er Jahre zu erheblichen Problemen durch Gruppen überwiegend junger Personen. Diese ließen sich häufig in teilweise erheblicher Anzahl (20 und mehr) auf öffentlichen Flächen nieder und konsumierten Alkohol mit allen unerfreulichen Nebenerscheinungen (Grölen, laute Musik, Anpöbeln von Passanten, Hinterlassen von zahlreichen Abfällen aller Art, Schlägereien untereinander, Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit etc.).

Um diese Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu reduzieren, wurde im Jahr 2005 ein kommunaler Ordnungsdienst organisiert, der sich überwiegend aus Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr zusammensetzt. Die Teilnehmer sind als geringfügig Beschäftigte angestellt, mit einheitlicher Dienstkleidung ausgestattet und führen regelmäßig in Doppelpstreifen Kontrollen des öffentlichen Raums, überwiegend in der Innenstadt, durch.

Der Ordnungsdienst in dieser Form hat sich sehr gut bewährt. Die Beeinträchtigungen sind deutlich geringer geworden. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr groß, was sicherlich auch daran liegt, dass alle Mitglieder Hückeswagener sind, die zum Teil durch ihre Tätigkeit in der Feuerwehr schon einen gewissen Bekanntheitsgrad haben. Auch in der Presse wird

der Ordnungsdienst als sinnvoll und positiv dargestellt. Es wird seitens der Verwaltung großer Wert auf ein angemessenes Auftreten (höflich, aber bestimmt) gelegt. Auf Meldungen zu neuen Problemen wird schnell und unbürokratisch reagiert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit dieser Lösung der richtige Weg für die Hückeswagener Verhältnisse eingeschlagen wurde.

Der Oberbergische Kreis (OBK) sieht aktuell Handlungsbedarf zu dieser Thematik im gesamten Kreisgebiet. In einigen oberbergischen Kommunen gibt es erhebliche Probleme, wie sie oben beschrieben früher in Hückeswagen vorhanden waren, zum Teil mit erheblichen Gewaltausbrüchen.

Der OBK regt den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Kreisverwaltung, der Kreispolizeibehörde und allen Kommunen an.

Kernpunkte dieser Vereinbarung, die bisher im Entwurf vorliegt, sollen sein:

- Erhöhung der Präsenz der Ordnungsbehörde im öffentlichen Raum, u.a. durch Einstellung von zusätzlichem Personal für den Außendienst ;
- interkommunale Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen;
- einheitliche Ausstattung der Ordnungsbehörden mit Dienstkleidung und Dienstfahrzeugen;
- Schulung/Qualifizierung der Außendienstmitarbeiter;
- Durchführung regelmäßiger Besprechungen zwischen den Beteiligten;
- Vereinheitlichung des Meldeweges bei relevanten Feststellungen;
- Aktualisierung/Vereinheitlichung der entsprechenden ordnungsbehördlichen Verordnungen.

Der OBK hat u.a. angekündigt, den Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 Mittel als Personalkostenzuschuss zur Verfügung zu stellen, sowie einheitliche Dienstfahrzeuge (BMW's, wie bei der Polizei verwendet, mit entsprechender Lackierung und Aufschrift) zu leasen und den Kommunen zu überlassen.

Grundsätzlich wird die Kooperationsvereinbarung positiv gesehen, allerdings besteht bei einzelnen Punkten noch Klärungsbedarf. So werden die Personalkostenzuschüsse nur für hauptamtliche Kräfte gezahlt, so dass das Hückeswagener Modell nicht bezuschusst wird. Hier findet noch ein Abstimmungsprozess mit dem Kreis und den anderen Kommunen statt. ein entsprechender Arbeitskreis wurde ins Leben gerufen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Der bisherige Schriftverkehr mit dem OBK zu dieser Thematik ist auszugsweise als Anlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Hierzu kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Der letztendliche Abschluss der Verhandlungen mit dem OBK und den anderen Kommunen bleibt abzuwarten.

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A.

Roland Kissau

Anlagen:

Schriftverkehr mit dem OBK